

# Arbeiterstimme

301

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostpreußen

1. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 4. August 1925

Nummer 95

## Das Rainszeichen der Lüge

Langsam zerfällt das dicke Lügengewebe, das die antibolschewistischen Goldfische über das Land der Arbeiter und Bauern verstreut haben. Die Furcht vor der Wahrheit, die Angst, die deutschen Arbeiter könnten nicht mehr an die Lügenbeute der sozialdemokratischen Presse mehr an die allzu verständliche Sorge, daß die Arbeiter den Berichten ihrer Rußland-Delegierten mehr Glauben schenken als den Schmähartikeln der „Dresdner Volkszeitung“, jagt die sozialdemokratischen Führer in lauterst Keckheit. Immer deutlicher mehr sehen sich die Führer der harten Lasten ihres elenden Lebens zeigen die Kräfte des Bankrotts illusionärer Hoffnungen, die sie bisher noch an die deutsche Sozialdemokratie festhielten.

Die sich immer mehr verflüchtende Lage und die am Tag zu Tag sich steigende Ausbeutung und Unterdrückung der deutschen Arbeiter in ihrem Kampf gegen die kapitalistischen Räuber an die Seite des regierenden russischen Proletariats.

Die sozialdemokratische Führerkolonne ist sich darüber klar, daß wenn die Proleten die Wahrheit über Rußland erfahren, sie den Verrätern im eigenen Lager den wohlverdienten Fußtritt versehen werden. Das muß verhindert werden, dazu ist jedes Mittel recht.

Die am vergangenen Mittwoch in der „Arbeiterstimme“ veröffentlichten Berichte der ostfälischen Rußland-Delegierten haben in der Redaktion der „Dresdner Volkszeitung“ wie eine Bombe eingeschlagen. Die Herrschaften am Rottfener Platz, die zunächst ein paar Tage ganz verblüfft waren, finden nun langsam die Sprache wieder und überfressen sich in einer wüsten Hege gegen die Arbeiterdelegationen und gegen Sowjetrußland. Das, was sich die „Dresdner Volkszeitung“ in dieser Beziehung in ihrer Sonnabendnummer leistet, übertrifft sogar die übliche bürgerliche Presse.

Die Arbeiter sollen und dürfen die Wahrheit über Rußland nicht erfahren. Die antibolschewistische Hege ist für sie aber immer noch das beste Agitationsmittel für den in allen Tagen fruchtenden Parteitarren gewesen.

Deshalb hat man sich auch alle Mühe gegeben, die eigenen Parteigenossen von der Rußlandfahrt abzuhalten und alle Mühen sprangen lassen, die Delegationen zu sabotieren und zu verhindern.

Das ist nicht gelungen! Die sozialdemokratischen Arbeiter trauen ihren eigenen Führern nicht mehr über den Berg — sie wollten sich selbst überzeugen. In dem ehrlichen Vertrauen, die Wahrheit über das Land der Arbeiter und Bauern zu erfahren und mit eigenen Augen die Lage ihrer Parteigenossen in Rußland kennenzulernen, haben sie sich am Jörn und die Mut ihrer sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteiparke zugesogen.

In der Sonnabendnummer der „Dresdner Volkszeitung“ veröffentlichten die Dresdner „Linken“ zwei Artikel, die auf einer Seite füllen und in denen mit den schäblichsten Mitteln versucht wird, die Arbeiter gegen die Delegierten und gegen Sowjetrußland aufzuwachen. Das sollte dabei nicht die rabulistische Phrasenpresse der alten U.S.V. Arthur Crispian, in seinem Artikel „Rußlandreisen“, aus dem wir mehrere Stellen einige der größten Gemeinheiten nicht herausheben möchten. Crispian schreibt:

„...daß es der russischen Regierung wirklich daran liegt, die wahren Zustände in ihrem Lande bekannt werden zu lassen, wenn brauchen sie nur die Grenze zu öffnen, wozu sie für einen Verlehrs, wie er gegenwärtig zwischen den Kulturstaaten besteht und den einseitigen Bewegungsfreiheit gestattet. Die russische Regierung läßt über Delegationen auf ihre Kosten nach Sowjetrußland kommen und dort von offiziellen Organen gehen.“

Das die Sowjetregierung sich gegen die Pläne der deutschen und imperialistischen Konterrevolution, die sie in letzterem Krieg niedergeschlagen hat, nicht, das werden die deutschen Arbeiter verstehen, und eben deshalb, weil die Russen den Weichhändlern nicht gestatten, die Konterrevolution zu organisieren, deshalb heißt Crispian gegen den Staat der Arbeiter und Bauern, und läßt den Arbeiter vor, die russische Regierung habe kein Interesse daran, die wahren Zustände in ihrem Lande bekannt werden zu lassen. Nachdem er sich nun in breiter Form über seine Rußlandreise im Jahre 1920 ausläßt und dabei eine Gemeinheit auf die andere setzt, fährt er in seinem antibolschewistischen Fort:

„Es kommt hier darauf an, festzustellen, daß die Delegierten faktisch irreführt werden sollten.“

Doch damit nicht genug. Die schlaunen Russen haben nicht nur den großen Revolutionär, den flugen und weisen Arthur Crispian betrogen, nein, die Russen haben es sogar fertig gebracht, die englische Gewerkschaftsdelegation hinter das Licht zu führen, trotzdem diese drei Hilfskräfte zur Seite hatte, die der russischen Sprache mächtig und früher als diplomatische Beamte in Rußland lange Jahre tätig waren. Drei und noch sagt Crispian:

„Der Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation sei das Interieur mit den Sowjetbehörden“, sei Schreibarbeit und Material, „das die Sowjetregierung schriftlich oder mündlich zur Verfügung gestellt habe“.

Friedrich Adler, der wildgewordene Spieler und Vorkämpfer der Zweiten Internationale, hat das „festgestellt“. Arthur Crispian schreibt dazu:

„Wenn nun schon gewählte Vertreter der englischen Gewerkschaften ein solches Risiko erleiden mußten und Reiseergebnisse vorzulegen suchten, die ihnen in keiner Weise zugänglich sein konnten, wie sollen nun erst Delegierte etwas Einwandfreies leisten können, die als Gäste der russischen Regierung ihre „Entdeckungstour“ unternahmen.“

Mit anderen Worten, die Russen haben den klaren Arthur Crispian betrogen, die englischen Gewerkschaftler beschwindelt und sie werden erst recht die simplen deutschen Arbeiter hinter das Licht führen. Daß die russische Regierung die konterrevolutionären Forderungen der russischen Menschewiki nicht erfüllt, ist für den Phrasen Crispian Unruhe, am Schluß seines Pamphlets auszuruhen:

„Klassenbewußte Arbeiter dürfen ihre Würde nicht vermissen, ihre Ehre nicht preisgeben, um sich als Werkzeug der russischen Regierung gegen ihre eigenen Klassenangehörigen mißbrauchen zu lassen.“

Damit ist der Gipfel der Gemeinheit erklimmt. Höher geht's fast nicht mehr. Nach der Meinung Crispians vergeblich sich die deutschen Arbeiter ihre Würde und ihre Ehre, wenn sie sich nicht von der antibolschewistischen Hege der ganzen sozialdemokratischen Presselemente einsparen lassen, sondern trotzdem nach Rußland gehen, die Wahrheit zu sehen und der Wahrheit die Ehre geben. Nun, die Würde und die Ehre dieser ehrlichen Proleten ist nicht die Ehre dieses Arbeiterverrätters, und wir sind überzeugt, die sozialdemokratischen Mitglieder der Rußlanddelegation werden, wenn sie zurückkehren, uns zustimmen, wenn wir sagen, daß die sozialdemokratischen Führer sich damit als die besten Stützen der Reaktion erwiesen haben.

Nachdem nun der „Rußlandreisende“ Arthur Crispian in fast zwei Spalten gegen Sowjetrußland und die Arbeiterdelegationen gehetzt hat, wollen die armen Häfcher der „Dresdner Volkszeitung“ nicht zurückstehen. In einem Artikel „Rußland braucht Agenten“ verspritzen auch sie ihr antibolschewistisches Gift. Die Mittwoch-Nummer der „Arbeiterstimme“ hat es ihnen angetan. Die Plakationen der Arbeiter in den Betrieben über die Berichte ihrer Delegierten sind nicht ohne Wirkung geblieben. Die „Volkszeitung“ sucht zu retten, was zu retten ist. Es kommt ihr dabei gar nicht darauf an, zum Sonn- und Feiertage die „Lohngefährtin“ Berichten zu schreiben. Wider besseres Wissen lügen sie den Arbeitern vor, die Berichte aus Sowjetrußland entsprächen nicht der Wahrheit. Die Wirklichkeit in Rußland läßt sich ganz anders aus. Die „Volkszeitung“ schreibt:

„Glaubt man denn ernsthaft an die Möglichkeit, in etwa 14 Tagen ein fremdes Land kennenzulernen, um in Deutschland die werdende Stimme für dieses Land zu erheben? Und was sagt man den Delegierten, die außer den beiden Städten vom übrigen Rußland? Wird man die Delegierten nicht nur in Arbeiterbetriebe führen, sondern auch in jene Betriebe, wo das Elend in den Wintern nicht? Wird man die Delegierten auch das Elend sehen lassen, das auch in Rußland mit seinen Hungersnöten vorhanden ist?“

In diesem Tone geht es nun fast über eine halbe Seite fort. Die Absicht ist offensichtlich: die Arbeiter sollen irreführt werden, und deshalb schreibt die „Volkszeitung“ am Schluß:

„Die Delegierten berichten, ohne Rußland wirklich gesehen zu haben, sie wurden damit zu Agenten Rußlands, ohne die großen Schlagschatten sowjetrußischer Despotismus erkannt zu haben.“

Nun ist es klar — es konnte ja auch gar nicht anders sein. Wer wollte von der „Volkszeitung“ etwas anderes erwarten. Die Arbeiterdelegierten, die in der Wahrheit der sozialdemokratischen Parteimitglieder sind, werden von der „Volkszeitung“ als „russische Agenten“ bezeichnet, die sich als Werkzeug für die teuflischen Pläne der Bolschewisten benutzen lassen!

In dieser neuen Hege gegen die Rußlanddelegierten und Sowjetrußland kommt die ganze Sorge sozialdemokratischer Führer zum Ausdruck, die deutschen Arbeiter hätten das Lager der antibolschewistischen und Kleinbürgerlichen Partei der SPD verlassen und die rote Klassenfront herstellten. Was die „Volkszeitung“ noch recht oft in solchen Artikeln gegen ihre eigenen Parteigenossen und solchen Sowjetrußland toben, ihre Mühe ist vergebens! Die deutschen Arbeiter haben den ersten Schritt zur Einheitsfront getan, der zweite wird folgen. Das Bündnis der deutschen und russischen Proleten wird die „Volkszeitung“ mit ihrem Gift nicht aufhalten. Die rote Klassenfront marschiert trotz alledem!

## Der Zollkampf im Deutschen Reichstag

Von Arthur Rosenberg (Berlin).

Die Luther-Regierung hat sich vorgenommen, noch in der Hochsommerhitze ihren Zolltarif im Reichstag durchzuführen. Der Reichstag soll nicht eher auseinander gehen, als bis die Zollvorlage erledigt ist. Die Zollvorlage Luthers soll die berühmte Zollgesetzgebung des Fürsten Bülow vom Jahre 1902 erleben, die in Deutschland immer noch geltendes Recht ist. Freilich hat die Reichsregierung seit 1922 eine Reihe von Einzelpositionen des Zolltarifs im Verordnungswege erhöht; diesmal sollen fast alle übrigen Positionen heraufgehoben werden.

1902 hat die Arbeiterschaft unter Führung der Sozialdemokratie einen großen Abwehrkampf gegen den Zollwucher geführt. Es folgte die Reichstagswahl 1903 mit dem gewaltigen Sieg der Sozialdemokratie, der wesentlich auf die Empörung der Massen über den Zollwucher zurückzuführen war. Es ist bezeichnend für die Lage der deutschen Arbeiterschaft, daß sie jetzt wieder genötigt ist, einen Zollkampf zu führen. Das heißt, die deutsche Arbeiterschaft, die 1918, 1919, 1920, 1921 und noch 1923 um die politische Macht kämpfte, ist jetzt so weit zurückgedrängt worden, daß sie um einen Zolltarif ringen muß. Das Proletariat ist zurzeit nicht imstande, die Unternehmer zu enteignen, sondern es muß sein Stück Brot und sein Heim gegen den Wucher verteidigen. Dabei ist es höchst zweifelhaft, ob die Abwehr Erfolg haben wird, denn die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbureaucratie schreien zwar seit Monaten gegen die Zölle, aber sie tun nichts Ernsthaftes, um durch außerparlamentarischen Druck die Annahme des Zolltarifs zu verhindern. Immer wieder haben die Kommunisten den A.G.G. aufgefordert, die Massenaktion der Welttätigen gegen den Zollwucher einzuleiten, aber bisher machte die Gewerkschaftsbureaucratie nichts, um diese Massenaktion durchzuführen. Die Verantwortung dafür, daß die Zollvorlage mit ihren ungeheuerlichen Verteuerungen der proletarischen Lebenshaltung Gesetz werden kann, trägt also durchaus die Sozialdemokratie, ganz gleich, wie die Sozialdemokraten sich bei den einzelnen parlamentarischen Abstimmungen verhalten.

Für die deutsche Bourgeoisie ist der Zolltarif der außerordentlichsten Wichtigkeit. Das deutsche Unternehmertum fühlt sehr gut, in welcher schwieriger Lage es sich wirtschaftlich befindet. Es will man das folgende einfache Rezept anwenden: Die deutschen Kapitalisten wollen ihr eigenes Land mit hohen Zollmauern gegen die ausländische Konkurrenz abschließen, auf diese Weise ihre Monopolgewalt befestigen und die Preise ihrer Waren willkürlich, zum Schaden der Konsumenten, festsetzen. Zur selben Zeit wollen sie auf doppelte Weise sich wieder auf dem Weltmarkt durchsetzen. Entweder durch Dumping-Scheitlerkonkurrenz, wobei der deutsche Verbraucher dieselbe Ware um so teurer zu bezahlen hat, je billiger sie im Ausland abgekauft wird. Zweitens will das deutsche Unternehmertum, gestützt auf seine Kartelle und auf die Beherrschung des einheimischen Marktes, mit dem Ausland ebenfalls zu Kartellabmachungen gelangen.

In engster Verbindung mit dem neuen Zolltarif der Luther-Regierung stehen die Verhandlungen der deutschen und französischen Schwerindustrie zur Schaffung des Mitteleuropäischen Eisenabfatts. Zwar sind die langwierigen Verhandlungen zum Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages noch nicht zu einem Abschluß gelangt, sondern die Pariser Verhandlungen sind wiederum bis zum 15. September vertagt worden, aber zwei große Voraussetzungen für die deutsch-französische Wirtschaftsvereinbarung sind bereits gegeben: Das private Abkommen der deutschen und französischen Eisenindustrie ist in Luzern abgezeichnet worden, und beide Regierungen haben sich über die Zollfrage des Saargebietes in einem besonderen Vertrag geeinigt; ebenso ist der deutsch-belgische Handelsvertrag fertig. Auf keinen Fall hätten die Belgier den Vertrag mit Deutschland unterzeichnet, wenn sie nicht auch mit dem Zustandekommen der deutsch-französischen wirtschaftlichen Einigung gerechnet hätten.

Schon früher ist die Einigung der deutschen und französischen Kalkindustrie zustande gekommen; nun hat sich auch die Eisenindustrie geeinigt. Für die heimische Industrie ist das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich und Belgien zunächst durch die deutschen Reparationsleistungen geregelt; es fehlt eigentlich nur noch die friedlich recht schwierige Verhandlung zwischen der deutschen und französischen, das heißt eisernen Textilindustrie. Denn ist die Wirtschaftsverhandlung zwischen den aufstrebenden Teilen des deutschen und französischen Unternehmertums vollzogen auf der Grundlage des Schutzes in eigenen Lande, der Ausplünderung der Arbeiter und Konsumenten diesseits und jenseits des Rheins und der Unterstellung der übrigen europäischen Märkte untereinander. Wie soll sich aber der deutsch-französische Wirtschaftswucher selbst unter dem Schutzhollsystem vollziehen? Auch dafür hat man einen Ausweg. Deutschland nimmt eine bestimmte Menge französischer Eisen als Kontingent zu halber Schutzgebühr herein (1,7 Millionen Tonnen), dafür erhält die Frankreich mit dem deutschen Eisen einvernehmlich.

Der deutsch-polnische Wirtschaftswucher, der jetzt gerade wie ein wilder Hund zu sehen ist, muß die deutsch-französische Wirtschaftsvereinbarung vollzogen ist, denn Polen